

1. Tagung des 3. Landesparteitages
DIE LINKE. Mecklenburg-Vorpommern
Stadthalle Rostock, 13. August 2011
Rede des Landesvorsitzenden Steffen Bockhahn

-es gilt das gesprochene Wort-

Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Gäste des Parteitages,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien,

es sind jetzt noch genau drei Wochen, ein Tag, acht Stunden und 7 Minuten bis die Wahllokale hier bei uns in Mecklenburg-Vorpommern schließen. Genau diese Zeit haben wir noch, um die Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen etwas Gutes für sich und etwas Gutes für unser Land zu tun: nämlich erstens zur Wahl zu gehen und zweitens mit allen Stimmen DIE LINKE zu wählen.

Wir erleben in diesen Tagen eine Reihe von Meldungen, die uns glauben machen sollen, dass die Welt in Mecklenburg-Vorpommern in Ordnung ist. Um uns herum gibt es eine Katastrophenmeldung nach der anderen, aber nach Ansicht der Landesregierung ist bei uns im Land alles super. In Südeuropa kollabiert wegen der maßlosen Spekulanten, eigener Fehler und eines permanenten Außenhandelsdefizites eine Volkswirtschaft nach der anderen. Die Deutschen - Regierung, Konservative und Wirtschaftsbosse - sind gerade ganz groß darin, mit einer grenzenlosen Arroganz kluge Ratschläge an Griechen, Portugiesen, Spanier und Italiener los zu werden. Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa wächst stetig. In Spanien ist inzwischen fast jeder Zweite unter 25 Jahren ohne Job, in Deutschland sind es auch schon zehn Prozent aller jungen Erwachsenen. Da wird von Fachkräftemangel gesprochen, aber die Wirtschaft fordert nur Initiativen des Staates, statt sich auch einmal selbst um den dringend benötigten Nachwuchs zu kümmern. So riskieren Unternehmen ihre eigene Existenz.

In den letzten zwei Wochen sind an den Börsen der großen Industrienationen durch Spekulation Werte vernichtet worden, die ein Vielfaches des Bundeshaushaltes oder sogar der Staatsschulden betragen. Mit einem Bruchteil dieses Geldes wäre es problemlos möglich gewesen den akuten Hunger in Ostafrika in den Griff zu bekommen und zu verhindern, dass dort täglich tausende Menschen elendig verrecken, weil sie nichts zu essen haben. Oder um es mit einem Satz von Heiner Müller zu sagen: "Wir stecken bis zum Hals im Kapitalismus."

Nein. Alles das werden wir nicht durch ein gutes Ergebnis bei den Landtags- und Kommunalwahlen am 4. September verändern. Aber wir können anfangen den Kurs zu wechseln und so mit dafür Sorgen tragen, dass Mecklenburg-Vorpommern sich auf den Weg macht, sozial, solidarisch und nachhaltig zu werden. Und uns allen muss klar sein, dass es gerade die strukturschwachen Regionen sind, die zuerst unter dem zügellosen Kapitalismus zu leiden haben. Das erleben wir auch heute schon. Seit Beginn dieses Jahrtausends sind etwa die Hälfte aller Fernzüge von und nach Mecklenburg-Vorpommern gestrichen worden.

Der Netzausbau der Mobilfunkbetreiber läßt sehr zu wünschen übrig, von Internetverbindungen auf dem flachen Land reden wir besser gar nicht. Die Medienlandschaft hier ist traurig, von Vielfalt kann da keine Rede mehr sein und bis zum nächsten Lebensmittelladen, der Postfiliale oder dem Geldautomaten kann man auch oft nicht mehr zu Fuß gehen. Und alles das hat eine Ursache: der Markt hier verspricht nicht genug Profit für die Konzerne. Schon heute leiden wir darunter, dass das Kapital einen Bogen um das Land macht. Grundbedürfnisse der Menschen werden nicht mehr befriedigt, die wandern ab und wie soll sich denn ein Land entwickeln, wenn keine Leute mehr da sind?

Eine der wichtigsten Aufgaben, die eine Landesregierung in Mecklenburg-Vorpommern in Angriff nehmen muss, ist dieses Problem zu lösen. Das wird nicht durch eine Sozialistische Volksrepublik Mecklenburg-Vorpommern hinzubekommen sein. Aber durch gezielte landespolitische Maßnahmen können wir einen Beitrag dazu leisten.

Ein Schritt in diese Richtung ist die Verbesserung der Einkommenssituation hier im Land. Nirgendwo in Deutschland haben die Familien so wenig Geld zur Verfügung wie bei uns. Die Löhne, die hier gezahlt werden, sind so niedrig, wie in keiner anderen Region Deutschlands. Man muss sich das mal vorstellen: 45 Prozent aller Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnbereich, also für weniger als 1.206 Euro brutto im Monat für eine Vollzeitstelle. Bei den jungen Erwachsenen unter 25 Jahren sind es sogar 75 Prozent, also ganze drei Viertel.

Das sind doch unhaltbare Zustände! Die Leute gehen den ganzen Tag arbeiten, als Kellnerin, als Koch, in einer Bäckerei oder KfZ-Werkstatt, bei einem Bildungsträger oder in einem Steuerbüro und sie können dann von ihrem Lohn nicht leben, müssen den erniedrigenden Gang zum Jobcenter antreten und Hartz IV beantragen.

Das ist unanständig, wenn Unternehmer so etwas tun und solche Arbeitsplätze helfen weder den Menschen noch dem Land wirklich weiter. Unternehmen die solche Arbeitsplätze schaffen, sollten in Zukunft keine Förderung des Landes mehr bekommen. Das wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Ebenso wichtig wäre ein anständiges Vergabegesetz bei uns im Land. SPD und CDU konnten sich auch in dieser Frage nur auf Murks einigen. Mecklenburg-Vorpommern braucht ein Gesetz, das dafür sorgt, dass Unternehmen, die Aufträge von Land oder Kommunen haben wollen, Tariflöhne zahlen, wenigstens aber Mindestlohn. Auf diese Weise kann man die Unternehmen zwingen, von allein tun sie es ja offensichtlich nicht, hinnehmen kann man das so wie es ist aber sicher nicht. Aus Verantwortung gegenüber den Beschäftigten und dem Land: MV zahlt Mindestlohn. Mit uns.

Ganz stolz behauptet die Landesregierung, sie hätte in den vergangenen Jahren 25.000 neue Jobs geschaffen. Was sie nicht sagt ist, wie viele davon im Niedriglohnbereich sind. Die Lohnentwicklung bleibt hinter dem Bundesdurchschnitt zurück und so wird der Unterschied immer größer. Unser Land wird immer mehr abgehängt. Da reicht es dann auch nicht, wenn die SPD auf die Plakate schreibt, dass sie jetzt für höhere Löhne ist. Taten sind gefragt und dass mit der CDU keine Politik für die Beschäftigten zu machen ist, muss man nicht mehr erzählen.

Wir wollen eine Bundesratsinitiative für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn auf den Weg bringen und wenn die SPD es ernst meint mit ihren Versprechen, dann können wir das zusammen machen. Mit uns gibt es das.

Leider muss man aber daran zweifeln, dass sie es ernst meint, denn es war ja Manuela Schwesig, die mal wieder unterschiedliche Mindestlöhne in Ost und West verhandelt hat. Da nützt es auch nichts, wenn man hinterher meint, das wäre vielleicht nicht so gut gewesen. Das ist so offensichtlich falsch, da muss man als Ministerin von allein drauf kommen! 6,89 Euro Stundenlohn in der Leiharbeit im Osten reicht nicht zum Leben Frau Schwesig. Damit ist keinem geholfen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir meinen es ernst mit dem Thema und reden nicht nur kurz vor der Wahl darüber. Seit 2005 ist es DIE LINKE, die sich für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einsetzt. Wie wichtig der ist, zeigt auch das Beispiel, das wir am 16. Juni öffentlich gemacht haben. Die staatliche Arbeitsagentur vermittelt Jobs als Zimmermädchen mit skandalösen Bedingungen. Bei einem geteilten Arbeitstag, also ein wenig am Vormittag, ein wenig am Abend soll 30 Stunden die Woche für vier Euro die Stunde gearbeitet werden. Wenn man sich darauf einlassen würde, wären das gerade mal 480 Euro im Monat. Damit müsste man sich direkt wieder an die Agentur wenden und als Aufstocker Leistungen beziehen und sich der totalen Kontrolle der Behörde unterwerfen.

Solche Jobs dürfen nicht vermittelt werden, schon gar nicht von der staatlichen Agentur für Arbeit. Die macht sich so zur Agentur für Armut und damit muss Schluss sein. In jedem Jahr werden 13 Milliarden Euro an die so genannten Aufstocker gezahlt. Das sind 13 Milliarden Euro direkte Subventionen für die Unternehmer, die auf dem Rücken der Beschäftigten und der Steuerzahler ihren Profite machen. Das sind 13 Milliarden Euro, die bei Sportvereinen, Schulen, Bibliotheken und Straßensanierungen fehlen, denn es sind vor allem die Kommunen, die das bezahlen müssen.

Und noch einmal zur Statistik und den angeblichen Erfolgen. Vor fünf Jahren gab es bei uns im Land noch 430.000 Vollzeit-Arbeitsplätze. Heute sind es nur noch 423.000. Gestiegen ist nur die Zahl der Teilzeit-Jobs, nämlich von 81.000 auf 102.000. Und noch ein paar Zahlen: vor vier Jahren gab es genau wie heute etwa 50.000 ALG II Empfänger in Mecklenburg-Vorpommern, die Aufstocker waren. Also Leute, die zu ihrem Erwerbseinkommen noch zusätzliche Leistungen der Jobcenter bekamen.

Damals war das aber nur jeder vierte, heute ist es schon jeder dritte ALGII Empfänger, der Aufstocker ist, denn die Zahl der ALG II Empfänger ist zurück gegangen. Wie man eben aber schon sehen konnte ist das nicht passiert, weil so viele neue Jobs entstanden sind, von denen man gut leben kann. Der Grund ist, dass viele in Rente oder aus Mecklenburg-Vorpommern weg gegangen sind.

Das ist das Ergebnis der letzten Jahre. Und dann stimmt es nicht, wenn die CDU uns vorwirft, wir würden das Land schlecht reden. Die Wahrheit ist, dass die CDU den Leuten die Taschen voll haut und die Augen vor den Realitäten verschließt. Aber wahrscheinlich haben die von Mathematik genauso viel Ahnung, wie von Rechtschreibung. Unser Land hat etwas besseres verdient!

Für eine gute Entwicklung braucht Mecklenburg-Vorpommern gut ausgebildete junge Leute. Aber wie sieht die Realität denn aus? Unglaubliche 16,8 Prozent aller Schülerinnen und Schüler verlassen die Schule ohne einen Abschluss. Das ist trauriger Rekord in Deutschland und der Bundesdurchschnitt liegt bei gerade einmal 3,5 Prozent. Zu Beginn des Schuljahres sind noch immer etwa 50 Lehrerstellen unbesetzt, dabei gibt es ohnehin zu wenige Lehrerinnen und Lehrer. Der Bildungsminister sieht aber kein Problem darin und mehr als der Ruf nach Verbeamtung fällt ihm nicht ein.

Vielleicht braucht Herr Tesch noch etwas Nachhilfeunterricht. Für viele ist eine gesicherte Anstellung bei vergleichbarer Bezahlung genauso attraktiv, wie eine Verbeamtung. Nur glaubt man offenbar der Landesregierung nicht mehr, dass sie ein attraktiver Arbeitgeber ist. Wie auch, wenn es für Junglehrer nur noch Jahres- oder Zweijahresverträge und die meist als Springer gibt? Wie wäre es denn einfach mal mit einem Einstellungskorridor für die Schulen und zwar mit unbefristeten Verträgen, so wie sich das auch gehört? Herr Tesch schreit nach Verbeamtung, ohne dass sich dadurch auch nur ein Problem lösen würde.

Das ist aber symptomatisch für die aktionistische Bildungspolitik der CDU. Ich darf noch einmal daran erinnern, dass deren wichtigsten Forderung in Bezug auf Schulen ist, dass an jeder Bildungseinrichtung morgens erst mal die Deutschlandfahne gehisst wird und die Kinder die Nationalhymne auswendig können. Das alles ist schon so absurd, dass es reichen würde. Aber normaler Weise müsste wenigstens die Finanzministerin bei dieser Forderung nach massenhafter Verbeamtung auf die Barrikaden gehen. Würden wir heute anfangen alle zu verbeamten, dann würden wir uns wegen der teuren Pensionen echte Haushaltsprobleme organisieren und die müssten dann die Kinder von übermorgen ausbaden, weil dann wieder Stellen gestrichen würden.

Wir brauchen sauber finanzierte Lehrerstellen, die unbefristet sind und wir brauchen Schulen, in denen nicht nur das Lernen, sondern eben auch das Lehren Spaß macht.

Heute finden im ganzen Land Einschulungsfeiern statt und ab Montag fahren viele Kinder das erst Mal in eine neue Schule. Die Wege für die Kleinen werden dabei immer länger, die Kosten für die Eltern immer höher. Mal abgesehen davon, dass es viele gute Gründe gibt, das längere gemeinsame Lernen zu wollen, ist es auch eine strukturpolitische Frage.

Wir wollen Schulen nah bei den Kindern und dann geht es nicht, dass wir x verschiedene Schulformen haben und sie sauber voneinander trennen. Wir brauchen Schulformen, wo Kinder mit verschiedenen Begabungen gemeinsam lernen und jedes nach seinen Fähigkeiten gefördert wird.

Davon ist beim CDU geführten Bildungsministerium aber nichts zu erkennen. Statt dessen wird die Schullandschaft der öffentlichen Schulen immer mehr ausgedünnt.

Die Alternative für viele Eltern sind dann oft Schulen in freier Trägerschaft, für die aber Schulgeld fällig wird. Das Kind der Hartz IV Familie muss also schlimmsten Falls jeden Tag insgesamt drei Stunden im Bus sitzen, weil die Eltern kein Schulgeld für die Privatschule nebenan haben. Das ist ungerecht und hat mit Chancengleichheit nichts zu tun.

Mecklenburg-Vorpommern braucht ein attraktives Netz gut ausgestatteter, wohnortnaher, öffentlicher und wirklich kostenfreier Schulen. Dazu sollte dann auch immer ein Klassensatz von Goethes „Urfaust“ gehören, damit klar ist, was die Welt in ihrem Kern zusammen hält und auch „Deutschland ein Wintermärchen“ muss dabei sein. Ich glaube, dass Heinrich Heine mehr nützt, als „Deutschland, Deutschland über alles“.

Wenn eine Landesregierung so katastrophale Zustände in der Bildungslandschaft hinnimmt, hat sie versagt. Sie ist gescheitert, vor den Jungen und Mädchen, denen die Chancen auf eine gute Zukunft fehlen. Welche Perspektive haben die denn in einem Land, in dem der Niedriglohn regiert? Es ist doch klar, dass auch sie, wenn sie überhaupt Arbeit finden, als Aufstocker und damit im Hartz IV Kreislauf enden.

Und sie ist gescheitert vor den Unternehmen des Landes. Denn bei aller Kritik an deren oft mangelnden Anstrengungen für die Ausbildung und die Beschäftigung junger Leute, brauchen sie eben doch gut ausgebildete Schulabgängerinnen und -abgänger.

Und deswegen wollen wir wohnortnahe Schulen auch im ländlichen Raum, eine aufgabengerechte Finanz- und Personalausstattung der Schulen, mindestens eine Schulsozialarbeiterin an jeder Schule, Reduzierung der Pflichtstunden der Lehrerinnen und Lehrer und ein kostenfreies Studium. Alle haben einen Schulabschluss. Mit Uns.

Wo wir gerade bei Bildung sind. Viele glauben ja, dass alle Nazis doof sind. Und man kann tatsächlich auch so manches Mal zu dem Eindruck kommen. Wenn man zum Beispiel die Forderung nimmt, dass die Deutschen sich ausschließlich von Produkten deutscher Landwirte ernähren sollen. Da freue ich mich doch schon auf die Reisfelder im Müritzkreis und die Bananenplantagen bei Boizenburg. Aber natürlich steckt mehr dahinter. Da gibt es eine knallharte Ideologie und eine Machtergreifungsstrategie. Die NPD ist und bleibt eine Gefahr für die Demokratie und sie ist mit allen Mitteln der Demokratie zu bekämpfen.

Und nur damit das deutlich wird: In Mecklenburg-Vorpommern plakatieren sie schon ziemlich widerliche Sachen. Aber in Berlin grinst der der Bundesvorsitzende von einem Plakat, das die Aufschrift "Gas geben" trägt.

Solche Sprüche auf NPD-Plakaten müssen doch auch den letzten wach rütteln. Die NPD steht in direkter Folger zur NSDAP, zu Hitler, Himmler und Goebbels - im Denken, in der Sprache und immer mehr auch in ihrem Handeln. Das ist keine komische Partei. Das sind Faschisten. Es sind Nazis. Die NPD muss verboten werden. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine Tagesaufgabe. Mit uns wird es das geben.

Nun konnten wir vor ein paar Tagen lesen, dass der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt ein Verbot unserer Partei fordert. Man muss jetzt nicht lange darüber reden, was das über sein Demokratieverständnis sagt, wenn er fordert, dass eine Partei, die auf dem Boden des Grundgesetzes eine andere Gesellschaftsordnung will, verboten werden soll.

Dass die CSU von eigenen Problemen ablenken möchte, ist nachvollziehbar. Dass Herr Dobrindt sich schwer tut, Argumente gegen unsere Politik zu finden und sich deswegen auf Polemik reduziert, ist seine Entscheidung.

DIE LINKE ist eine demokratisch sozialistische Partei. Für uns stehen Frieden, Freiheit und soziale Sicherheit gleichberechtigt und untrennbar nebeneinander.

Herr Dobrindt sollte seine Kraft nicht damit verschwenden uns zu diskriminieren. Er täte besser daran sich endlich auch dafür stark zu machen die NPD zu verbieten. Eine Partei von Faschisten, die auf jeder Veranstaltung und bei jeder Gelegenheit deutlich macht, dass sie die Demokratie, die Parlamente und die Oder-Neiße-Friedensgrenze abschaffen will.

Liebe Genossinnen und Genossen,

eine der großen Stärken unserer Partei ist unsere Verankerung in den Kommunen. DIE LINKE ist eine Partei mit einer unglaublich großen Kompetenz für die Fragen, die vor Ort zu entscheiden sind.

Am 4. September werden aller Voraussicht nach auch neue Kreistage und Landräte gewählt. Auch bei diesen Wahlen wollen wir erfolgreich sein.

Heute stellen wir zwei Landrätinnen, einen Landrat und die Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin. Wir kämpfen gemeinsam dafür, dass Kerstin Kassner die Landrätin in Nordvorpommern wird, Bärbel Syrbe in Südvorpommern, Siegfried Konieczny in der Mecklenburgischen Seenplatte die Schlüssel für die Landratsämter bekommen. Sie haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie gute linke Politik für die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern machen.

Und wir wollen auch, dass Wolfgang Bohnstedt in Südwestmecklenburg und Christoph Küsters in Mittleres Mecklenburg neue Landräte werden. In allen neuen Kreistagen möchten wir mit starken Fraktionen für sozial gerechte Politik vor Ort sorgen. Die Städte, Gemeinden und Dörfer in Mecklenburg-Vorpommern brauchen mehr Unterstützung, als sie von dieser Landesregierung bekommen.

In den vergangenen Jahren ist die Belastung der Kommunen immer weiter gestiegen. Die Aufgaben im Sozialbereich haben sich durch Bundesgesetzgebung verschärft. Das Land hat den Kommunen nicht geholfen. Es hat sich auch nicht beim Bund gegen diese Verschlechterungen zur Wehr gesetzt. Förderprogramme die gekürzt wurden, hat das Land nicht ausgeglichen. Vieles ist deswegen ganz weggefallen. Mehrgenerationenhäuser stehen vor der Schließung, Bibliotheken können - wenn es sie überhaupt noch gibt - kaum neue Bücher anschaffen und oft wissen die Kämmereien gar nicht mehr, wie sie überhaupt die Sozialleistungen und die Gehälter der Beschäftigten bezahlen sollen.

Das Land saniert seinen eigenen Haushalt auf dem Rücken der Kommunen und damit auf dem Rücken der Menschen, die hier leben. Denn wenn Kreise, Städte und Gemeinden nicht bedarfsgerecht finanziert werden, dann bricht die öffentliche Daseinsvorsorge zusammen und es kann nicht mehr investiert werden. Das wiederum schadet den Unternehmen vor Ort, die dann keine Aufträge mehr bekommen und am Ende fehlen wieder Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.

Immer wieder fordert Innenminister Caffier die Städte und Kreise auf, ihr letztes Vermögen zu verscherbeln und so ihre Defizite auszugleichen. Dem Mann scheint nicht klar zu sein, dass neben den wichtigen Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, dem sozialen Ausgleich und der Gestaltung von Kommunen noch etwas anderes flöten geht, wenn man seine kommunalen Unternehmen verkauft: Einnahmen.

Die Stadtwerke, Wohnungsunternehmen und Krankenhäuser sind in vielen Fällen auch die letzten Stützen der kommunalen Haushalte, weil sie mit ihren Gewinnen, die sie an die Gemeinden abführen, Nahverkehr, Bibliotheken oder Sozialtickets finanzieren. CDU-Chef Lorenz Caffier ist als Innenminister aus finanzpolitischer Sicht der Kommunen in etwa so hilfreich wie ein Bankräuber als Pförtner in einem Golddepot.

Mecklenburg-Vorpommerns Kommunen brauchen eine aufgabengerechte Finanzausstattung. Darum werden wir uns kümmern. Kommunen haben Geld. Mit uns.

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute vor 50 Jahren hat der Bau der Mauer begonnen. Es ist für uns ein schweres und ein schmerzhaftes Thema. Denn wir, DIE LINKE, haben Verantwortung zu tragen für das Leid, das durch die Mauer entstanden ist. Wir haben Verantwortung zu tragen für die Toten, die es an und die es durch die Mauer gegeben hat.

Ich sage es so klar und deutlich: aus meiner Sicht kann nichts den Bau der Mauer rechtfertigen. Es mag Umstände geben, die Motivationen erklärbar machen. Aber wie können wir heute sagen, dass nichts in der Politik alternativlos ist und dann doch akzeptieren, dass aus Sicht der damaligen Führung keine andere Möglichkeit bestanden habe? Das passt nicht zusammen.

Ja, die DDR war in einer existenziellen Krise und jede Regierung jedes Landes dieser Welt wird versuchen die Existenz des eigenen Landes zu bewahren. Aber - und das ist für mich eine der wichtigsten Lehren - niemals darf der Zweck die Mittel heiligen, unter keinen Umständen. DIE LINKE streitet wie keine andere Partei für die Freiheitsrechte der Menschen. Wir setzen uns ganz massiv gegen die Vorratsdatenspeicherung, gegen permanente Überwachung und verdachtsunabhängige Kontrollen ein. Nicht wegen unserer Geschichte tun wir das, sondern aus Überzeugung. Weil es links ist, für die freie Entfaltung des Einzelnen als Grundlage der freien Entfaltung aller zu sein.

Aber es ist unbestreitbar, dass der Bau der Mauer und die weitere Entwicklung der DDR in eine gänzlich andere Richtung gingen. Das können wir nicht kritiklos lassen.

Selbst wenn man es selbst nicht so empfunden hat, bleibt es wahr, dass Menschen eingeeengt wurden, sich nicht frei bewegen, nicht frei reisen konnten. Und es waren nicht irgendwelche Menschen, es war das eigene Volk, das diese Sanktionen zu spüren bekam. Es waren die eigenen Genossinnen und Genossen.

Leider ist es auch heute noch so, dass eine sachliche Debatte zu diesem Thema nur schwer möglich ist. Viel zu viele versuchen die Mauer politisch zu instrumentalisieren. Aus meiner Sicht sind es gerade diese Leute, die sich an den Opfern vergehen. Das rechtfertigt aber keine relativierenden Positionen unsererseits.

In den letzten Tagen bin ich ganz oft gefragt worden, warum der Parteitag nun ausgerechnet an diesem Datum stattfinden musste. Lasst mich das mit einer Gegenfrage beantworten: Warum denn eigentlich nicht? Wir reden doch nicht nur heute und nicht erst seit gestern über unsere Geschichte. Wir tun es seit 20 Jahren ganz offen und auch in der SED haben doch Genossinnen und Genossen über Mauerbau und Schießbefehl gesprochen. Es sind Themen, die uns bewegen und dann ist es auch in Ordnung, dass wir offen damit umgehen.

Mich selbst bewegen solche Fragen ganz intensiv und ich weiß von vielen in meinem Alter, denen es auch so geht. Wir können nicht die Frage beantworten, ob wir es damals richtig gefunden hätten. Wir können auch nicht sagen, ob wir vielleicht freiwillig mit gebaut hätten. Wir werfen den Älteren ihr Handeln von damals aus der Sicht von damals auch nicht vor.

Aber wir haben auch das Recht zu sagen, dass wir keine Mauern wollen. Nicht gestern, nicht heute und nicht morgen. Nicht um Menschen nicht herein zu lassen und nicht um Menschen einzusperren. Wir wollen eine freie Welt und ich denke, das wollen wir alle.

Wir werden uns auch weiter mit dem Thema befassen und Torsten Koplín wird Euch nachher einen Vorschlag dazu unterbreiten, für den ich Euch schon jetzt um Eure Zustimmung bitten möchte. Wir sollten uns aber immer bewusst machen, dass wir eine solche Debatte nicht führen sollten um Recht zu haben. Wenn wir uns vor unserer Verantwortung und auch unseren Fehlern drücken wollen, fehlt uns die Glaubwürdigkeit über die Mauern von heute zu sprechen.

Nichts rechtfertigt Grenzen, an denen Menschen sterben. Nirgendwo auf der Welt und aus keinem Grund. Weder Zäune, noch Gräben, keine Mauern und keine schwer bewaffneten Patrouillenboote sind Zeichen der Menschlichkeit. Heute ist der Tag aller Maueropfer zu gedenken. Heute ist aber auch ein guter Tag, um

sich bewusst zu machen, was Grenzen bedeuten. Den Bau der Mauer kann man nicht entschuldigen. Grenzen an denen Menschen sterben, kann man nicht entschuldigen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich will auch noch etwas sagen zu den den jüngsten Meldungen, die es zu Klaus Ernst und mir gegeben hat. Es ist richtig, dass es zwischen uns zu verschiedenen inhaltlichen Fragen Differenzen gibt. Das ist das eine. Das andere aber ist, dass es Leute gibt, die daraus einen großen Skandal machen wollen.

Damit ich richtig verstanden werde: Medienschele ist meine Sache nicht. Aber ich denke, man muss sich auch wehren können, wenn falsche Tatsachen behauptet werden. Und so ist es eben eine falsche Tatsachenbehauptung, wenn die Ostsee-Zeitung schreibt: „Linke laden Parteichef im Wahlkampf aus“

Ich habe das auch dem Redakteur gesagt. Aber mir ist natürlich klar, was das für eine Wirkung hatte, was er da geschrieben hat. Richtig ist: Ich habe Klaus Ernst und auch sonst niemanden ausgeladen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den meisten Punkten sind wir uns aber einig. Zum Beispiel und vor allem in der Friedensfrage. Mecklenburg-Vorpommern soll der erste Kriegsdienstverweigerer unter den Bundesländern sein. Es reicht nicht, wenn der Ministerpräsident sich demonstrativ gegen den Krieg in Afghanistan ausspricht, seine Bundespartei aber einem Mandat nach dem anderen im Deutschen Bundestag in ganz großer Mehrheit zustimmt.

Es ist unglaublich, wenn man dann nicht mal im Landtag einem Antrag der LINKEN zustimmt, der sich gegen den Krieg wendet. Wir wollen keinen Krieg und wir wollen nicht, dass aus unserem Land Unterstützung für den Krieg geleistet wird. Es muss Schluss sein damit, dass Neubrandenburg der wichtigste Stützpunkt für die Versorgung der Truppen in Afghanistan ist und bei uns im Land jeden Tag für Kriege geübt wird.

Mecklenburg-Vorpommern hat eine der höchsten Dichten an Bundeswehrstandorten. DIE LINKE ist dafür, dass diese Standorte durch gezielte Konversionsprojekte einer zivilen Nutzung zugeführt werden. Der Verzicht auf das Bombodrom ist ein großer Erfolg von ganz vielen und ein Stück auch unserer.

Wir haben den Protest vor Ort immer unterstützt und ihn auch in die Parlamente getragen, wir haben in Regierungen das uns mögliche getan, um dieses scheinbar unerreichbare Ziel doch zu erreichen. Das ist ein großer Erfolg für den Frieden und darauf können wir stolz sein.

In der vergangenen Woche haben wir aus Anlass des 66. Jahrestages des Atombombenabwurfs auf Hiroshima im ganzen Land Aktionen durchgeführt. Wir haben deutlich gemacht, was allein der Krieg in Afghanistan uns in Mecklenburg-Vorpommern kostet. Nur in diesem Jahr entfallen schon über 64 Millionen Euro auf die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Liebe Genossinnen und Genossen, heute vor 140 Jahren wurde Karl Liebknecht geboren. Was für ein guter Tag um ein für allemal nein zum Krieg zu sagen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit gut einem Jahr sind wir wieder ganz oft und mit großer Stärke im Land aktiv. Wir sind in Greifswald und anderen Städten gegen die Nazis auf der Straße gewesen.

Ohne DIE LINKE wären die großen Demonstrationen gegen die Castor-Transporte nach Lubmin nur ein kleiner Spaziergang gewesen. Nur von uns waren Abgeordnete im Februar nachts mit an den Gleisen bei

den Blockaden und haben sich für die Rechte der Demonstranten eingesetzt. Jürgen Trittin hat die Transporte 2004 angewiesen. Wolfgang Methling hat sich als Umweltminister vor Gericht zur Wehr gesetzt und wir waren alle Jahre an der Seite der Gegner des Ausbaus des Zwischenlagers und das auch, wenn es kalt und stürmisch war.

Wir scheuen uns nicht vor widerständigen Aktionen, wenn es darum geht, auf Missstände aufmerksam zu machen und für die Betroffenen zu kämpfen. Sei es mit der Aktion am Schweriner Jobcenter unserer Aktionswoche zum Bildung- und Teilhabepaket oder der spektakulären Aktion an der Rügenbrücke.

Aber wir haben die Kraft als Partei solche Aktionen im ganzen Land zu starten und das haben wir am 4.7. bewiesen. An sechs weiteren Orten in Mecklenburg-Vorpommern haben wir gemeinsam für anständige Löhne protestiert, auf dem Darß, in Wolgast, in Waren, in Rostock, in Schwerin und in Wismar.

An den Einfahrtsstraßen haben wir deutlich gemacht, dass der Niedriglohn unserem Land massiv schadet und so haben wir es geschafft, dass dieses Thema endlich wieder in der Debatte ist. Wenn andere versuchen diese skandalösen Zustände totzuschweigen, dann werden wir eben noch lauter. Das ist unsere Verantwortung!

Liebe Genossinnen und Genossen,

natürlich läuft auch bei uns nicht immer alles rund. Aber wir haben viel zusammen geschafft. Ein wenig davon für uns und eine ganze Menge für die Menschen in unserem Land.

Jetzt geht es darum, dass wir uns auf das Wesentliche konzentrieren. Plakate kleben, Flyer verteilen, Infostände und Wahlveranstaltungen durchführen. Uns Diskussionen stellen und auch unbequeme Fragen beantworten. Auf die Fehler der anderen hinweisen aber vor allem die eigenen Lösungen anbieten.

Ein wichtiger Grund für die Menschen wählen zu gehen ist Vertrauen in die Partei. Seien wir überzeugend und vertrauenswürdig, packen wir an und besinnen wir uns auf die vielen Dinge, die uns vereinen. Es sieht doch im Moment ganz gut aus. In den Umfragen steigt zur Zeit nur eine Partei und das sind wir, das ist DIE LINKE.

Aber Umfragen sind noch keine Wahlen und wir wollen vor allem am 4. September abends feiern, wenn der Balken bei der LINKEN deutlich nach oben geht. Denn dann kann es einen Politikwechsel in Mecklenburg-Vorpommern geben. Mit uns!